

„Études“ wird deshalb nicht die letzte Zeitschrift sein, die auf diese Weise in Schwierigkeiten gerät. Aber daß man auch in Frankreich nicht gewillt ist, solchen Entwicklungen einfach freien Lauf zu lassen, zeigten zahlreiche Einsprüche und Sympathiekundgebungen nicht nur aus dem eigenen Orden (die Professoren des Centre Sèvres protestierten, der Stellvertreter Valadiers verläßt aus Loyalität die Redaktion). Auch Hierarchen zeigten Valadier ihre Sympathie. Viele Bischöfe würden, so der Erzbischof von Bourges, *Pierre Plateau*, angesichts eines solchen Vorgangs leiden. Und zu Valadier: Wenn Philosophen Fragen stellen, so gehöre das zu ihrem Metier. Und Valadier stelle seines Wissens gute Fragen. se

Unmut

Kritische Synodenäußerungen zur DDR-Politik

Daß auch auf Synodaltagungen dieses Frühjahrs in den evangelischen Kirchen der DDR deutliche Kritik an der Politik von Staat und Partei im zweiten deutschen Staat zu hören war, nimmt nicht wunder. Schließlich sind Synoden wie auch Kirchentagsveranstaltungen seit Jahren Foren, auf denen nicht nur spezielle Probleme des Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR diskutiert werden, sondern auch Themen zur Sprache kommen, die den Bürgern allgemein auf den Nägeln brennen, in der Öffentlichkeit aber nicht ehrlich und offen erörtert werden können. So kritisierte die Synode der sächsischen Landeskirche Anfang April bei ihrer Frühjahrstagung in Dresden im Vorblick auf die *Kommunalwahlen am 7. Mai* das in der DDR übliche und auch diesmal ungeachtet der jüngsten Wahlen in der Sowjetunion beibehaltene Wahlverfahren. Es stünden keine Kandidaten zur Auswahl; eine geheime Wahl sei nur gewährleistet, wenn die Wähler verpflichtet seien, Wahlkabinen aufzusuchen. Bislang sei es aber gängige Praxis, den Wahlzettel mit der von der

Nationalen Front aufgestellten Kandidatenliste unverändert in die Urne zu werfen. Die Synode forderte dazu auf, die Wahlkabinen zu benutzen oder der Wahl fernzubleiben.

Unmittelbar vor Beginn der Tagung der sächsischen und der Berlin-Brandenburgischen Kirche hatte der neue Staatssekretär für Kirchenfragen, *Kurt Löffler*, Kirchenvertreter in einem von staatlicher Seite anberaumten Gespräch über die am 1. April in Kraft getretenen Nachbesserungen der *Reiseverordnung* von Anfang dieses Jahres informiert. Vermutlich wollte der Staat mit dieser Geste – das Gespräch fand vor der Veröffentlichung der neuen Bestimmungen im Gesetzblatt statt – kirchlicher Kritik an den Reismöglichkeiten den Wind aus den Segeln nehmen. Die Synodalen in Dresden und Berlin zeigten sich mit den kleinen Konzessionen (Westreisen zu Tanten, Onkeln, Nichten und Neffen sind jetzt auch den nicht blutsverwandten Ehepartnern gestattet) allerdings nicht zufrieden, sondern machten ihrem Unmut deutlich Luft: Für die Masse der Gemeinden, aber auch der Bevölkerung sei die Reiseverordnung auch nach der Ergänzung vom 1. April zutiefst unbefriedigend, gab ein Synodaler zu Protokoll.

In ihrem Bericht an die Synode stellte die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung fest, sie sehe ihre Aufgabe darin, „Christen zu ermutigen, ihr Leben in der DDR als Auftrag Gottes anzunehmen“. Diese Aufgabe wird allerdings immer schwieriger: Angesichts der ablehnenden Haltung der DDR-Führung gegenüber jedweder Systemkorrektur nach dem Muster von Gorbatschows Reformkurs, von Ungarn und vor allem Polen (vgl. ds. Heft S. 212) ganz zu schweigen, werden Frustration und Unmut in der DDR-Bevölkerung immer stärker und machen sich in vielen Fällen in *Ausreiseanträgen* Luft, gerade auch bei aktiven Gemeindegliedern. Der Entwurf „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ für die Abschlußberatungen der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Ende April in Dresden sprach von „Ohnmachtserfahrungen“

der DDR-Bürger und beklagte in sehr nachdrücklichen Formulierungen, daß es im Land an Öffentlichkeit, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit und an voller Rechtssicherheit fehle: Wenn sich Bürger aufgrund gemeinsamer gesellschaftlicher Interessen zusammenfänden, gerieten sie schnell in den Verdacht staatsfeindlicher Aktivitäten. Wer irgendwie auffalle, und sich nicht wie erwartet angepaßt verhalte, müsse mit Rückwirkungen in ganz anderen Lebensbereichen rechnen.

Auf diesem ziemlich tristen und auch für die unmittelbare Zukunft wenig Änderung versprechenden Hintergrund muß sich für die evangelische Kirche in der DDR zwangsläufig wieder die Frage nach ihrem *Verhältnis zum System* stellen. Bischof *Werner Leich*, der Kirchenbundsvorsitzende, äußerte vor wenigen Wochen Bedenken gegenüber der Formel „Kirche im Sozialismus“ als Standortbestimmung für die evangelische Kirche: Sie sei „ziemlich abgenutzt“. Die Kirche sehe sich der Wahrheit verpflichtet, mit der sie versuche, den Menschen in ihrem Lebensschicksal nahe zu sein. Darauf angesprochen, erklärte Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe*, der stellvertretende Vorsitzende des Kirchenbundes, am Rand der Berlin-Brandenburgischen Synode, er sehe in „Kirche im Sozialismus“ einen richtigen Begriff, der aber immer wieder in Gefahr stehe, zur Leerformel zu werden. Bischof Leich habe die Formel nicht aufheben, sondern darauf hinweisen wollen, wie nötig es sei, immer wieder zu sagen, was damit gemeint sei.

In einer Hinsicht ist man sich in der DDR-Kirche nach wie vor weithin einig: Die evangelischen Kirchen stehen zu ihrem gesellschaftspolitischen Mandat und beharren auf ihrem Recht, sich als Teil ihres geistlichen Auftrags kritisch zur politischen Entwicklung zu äußern, auch wenn ihre Möglichkeiten begrenzt sind. Schwieriger ist die Frage, welches Veränderungspotential die Kirche dem DDR-Sozialismus zutrauen soll, ob sie sich von einem System überhaupt noch viel erhoffen kann, dessen Grundfesten in manchen „Bruderländern“ immer mehr ins Wanken geraten. ru